

Ausgabe November 2011

pro+kontra

Stadtzeitung der DKP für Püttlingen

Jamaika-Koalition vergießt Krokodilstränen u. schlägt gnadenlos zu:

Sterben wird allmählich zum Luxus

Wer seinen verstorbenen Angehörigen einen würdevollen Abschied bereiten will, muss tief in die Tasche greifen. Noch nie waren Beerdigungen so teuer wie heute, eine anwachsende Zahl von Menschen kann sich viertausend Euro oder mehr einfach nicht mehr leisten.

Nehmen wir ein einfaches Reihengrab. Das kostet künftig 2.085 Euro (bisher waren es 862 Euro). Hinzu kommen Kosten für Todesanzeige, Trauerredner, Trauerimbiss, Grabstein usw. Das geht dann schnell in die Tausende. Aber seit 2004 gibt es kein Sterbegeld mehr, das hat die rot-grüne Bundesregierung abgeschafft. Und nicht jeder hat Reserven auf der hohen Kante. Schon jetzt gibt es immer öfter Fälle, wo Angehörige um Ratenzahlung bitten oder das

Sozialamt die Kosten übernehmen muss. Eine schlimme Situation, die vor allem Einkommensschwächere trifft.

Im Stadtrat gab es kontroverse Diskussionen über die neuen Friedhofsgebühren. Während DKP und Linke die Anhebung (teilweise bis zu 175 Prozent!) scharf verurteilten, sprachen CDU und FDP von einer Notwendigkeit, an der man nicht vorbei komme: „Wir machen es nicht gerne, aber es geht leider nicht anders“ wurde lapidar erklärt. Mit Krokodilstränen in den Augen und mit Zustimmung des grün-schwarzen Ja-Schnappers wurde dann die Anhebung durchgeboxt. Es war der CDU-Boss Hubertus, welcher dreist behauptete, die Kosten würden „nicht erhöht, sondern nur gerechter verteilt“. Wir werden uns auf den Seiten 4/5 dazu äußern.

20 Jahre Städtepartnerschaft zwischen Senftenberg und Püttlingen:

DKP und Linke begrüßen gemeinsame Freunde



Anfang Oktober wurde die Städtepartnerschaft zwischen Senftenberg und Püttlingen in der Stadthalle offiziell gewürdigt. Bei der Ankunft der Gäste waren die Vorsitzenden der DKP-Fraktion: F. Hertel (1. v.r.) und der Linken-Fraktion: A. Schramm (4. v.r.) mit weiteren Freunden erschienen, um die Abordnung aus der Lausitz willkommen zu heißen. Mehr dazu Seite 7.

Freitag
11. November
19.30 h

Ehem. Stückguthalle
im Kulturbahnhof

Kulturveranstaltung
mit Künstlern
aus Lateinamerika

Mehr dazu auf Seite 3

DKP machte Bedenken geltend:

Polizeireform im Saarland

Der groß angelegten Sparpolitik der Landesregierung sollen auch 300 Stellen bei der Polizei zum Opfer fallen. Darüber wurde in der Stadtratssitzung vom 7. September informiert. Polizeidirektor Norbert Rupp, der zugleich CDU-Beigeordneter der Stadt Püttlingen ist, erläuterte die geplante Polizeireform. Dabei betonte er, dass trotz Personaleinsparung jederzeit die Sicherheit der Bürger gewährleistet werde und in Notfällen die Einsatzwagen der Polizei schnellstens zur Stelle seien.

Während die übrigen Ratsfraktionen weitgehend Zustimmung zur Reform signalisierten, erhob die DKP-Fraktion einige Bedenken, was vor allem die Präsenz der Polizei vor Ort betrifft. Hier reiche es z.B. nicht, wenn hin und wieder Einsatzwagen durch die Stadt fahren. So wollte Hertel wissen, was bei einem nächtlichen Notfall passiere, wenn die notwendigen Polizeikräfte durch Einsätze an anderen Stellen gebunden seien.

Angeblich gebe es keinen Anlass, sich Sorgen zu machen, so die Antwort. Dennoch sorgt diese Reform immer noch für heiße Diskussionen bei der Polizei selbst. Man wird also abwarten müssen.

Auf Seite 6 lesen Sie:

Die Wut wächst

Weltweite Protestaktionen gegen die Macht der Banken. Auch in Deutschland entwickelt sich der Widerstand gegen die Begünstigung der Banker & Spekulanten.

Betroffene wehren sich gegen zunehmende Belastungen:

Für den Windelbonus auf die Straße

In Püttlingen hat sich eine Bürgerinitiative gegründet, die für den 21. Oktober zu einer Demonstration aufgerufen hatte. In einem Offenen Brief an Bürgermeister Speicher und die Stadtratsfraktionen betonten die Initiatoren, dass sich seit der Umstellung der Müllgebühren beim EVS viele Bürger bestraft fühlen: „Insbesondere Windelmüll ist weder zu reduzieren noch zu vermeiden, es sei denn, man entsorgt ihn in gelben Säcken oder anderweitig illegal... Diese Ungerechtigkeitsituation hat mittlerweile in vielen Städten und Gemeinden des Saarlandes zur Einführung eines finanziellen Zuschusses für Betroffene geführt. Als Beispiel sei unsere Nachbargemeinde Schwalbach angeführt, dort gibt es für jedes Wickelkind 60 Euro pro Jahr, drei Jahre lang ab Geburt, ohne besonderen Antrag. Bei Inkontinenz Älterer kann ein entsprechender Antrag gestellt werden und es gibt den gleichen Zuschuss. Eine solche Lösung wollen wir für Püttlingen auch!“

Bereits im April d.J. stand im Stadtrat ein Antrag auf „Windelzuschuss für Familien mit Kindern unter 3 Jahren und für Inkontinenzpatienten“ auf der Tagesordnung. Doch die rechte Allianz aus CDU, FDP und Grünen-Schweiger fegte den Vorschlag vom Tisch. Nur die Fraktionen von DKP, SPD und Linke stimmten dafür. In der Ratssitzung vom 26. Oktober kam die Angelegenheit erneut zur Beratung. Auch diesmal plädierte unsere Fraktion für die Gewährung eines Windelzuschusses.

Die DKP stellt sich damit unmissverständlich auf die Seite der „Bürgerinitiative Hand in Hand“, deren Forderung nach Einführung des Windelbonus mit über 1100 Unterschriften von Bürgern unserer Stadt unterstützt wird.

Uns ist klar, dass für Familien, die einen oder mehrere zu pflegende Angehörige daheim versorgen, viele zusätzliche Leerungen der Restmülltonne entstehen, wenn täglich mehrfach Ver-

bandsmaterialien, Bettauflagen, Vorlagen und Windeln gewechselt und entsorgt werden müssen. Darum ist es gut, dass etliche saarländische Gemeinden schon beschlossen haben, Familien mit Kleinkindern und Pflegebedürftigen zu unterstützen. Übrigens hat die Initiative auch vollkommen Recht, wenn sie in ihrem Schreiben zitiert: „Wer Milliarden in Rettungsschirme (für die Banken!) stecken kann, kann auch Windeln kostenlos entsorgen“.

Ein Blick auf die Landeshauptstadt Saarbrücken:

OB-Kandidat der CDU ist gescheitert

Püttlinger Bürger, die vor der OB-Wahl am 23. Oktober nach Saarbrücken kamen, konnten die Riesenplakate nicht übersehen: „Peter Strobel kommt!“ Aber die CDU hatte die Rechnung ohne die Wähler gemacht, ihr Kandidat für das Spitzenamt in der Landeshauptstadt scheiterte mit 26,3 Prozent, während Oberbürgermeisterin Charlotte Britz



An Zynismus grenzt der CDU-Vorschlag, im Wertstoffhof eine kostenlose Annahmestelle für Windeln einzurichten. Bei der Demonstration wurde dieses Ansinnen als Schnapsidee scharf verurteilt: „Die CDU will also Fäkalien zu Wertstoffen ernennen, die von den Betroffenen zum Wertstoffhof gebracht werden. Wer kein Auto hat, kann die Säcke ja zu Fuß, mit Fahrrad oder Taxi bringen“. Dummer geht's wohl nicht?



Sammeln der Beteiligten am Marktplatz, um dann durch Markt-, Ismert- und Pickardstraße zum Rathausvorplatz zu demonstrieren

pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen - Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Weiherbergstr. 51 - Eigendruck

Am Freitag, dem 11. November 2011, Beginn 19.30 Uhr:

Künstler aus Lateinamerika in Püttlingen



Wir informieren über die „Gruppe Musikandes“ und ihre Akteure, die Sie in der ehemaligen Stückguthalle des Kulturbahnhofs Püttlingen bei einer Veranstaltung der DKP-Stadtratsfraktion erleben können.

Vor wenigen Jahren gegründet, bietet die Gruppe MUSIKANDES (ein Wortspiel aus „Musik“ und „Anden“) in zahlreichen Konzerten (nicht nur) dem saarländischen Publikum südamerikanische Folklore in mitreißendem Temperament. Dabei verbinden die Musiker in eindrucksvoller Weise eine tief in den Völkern Lateinamerikas verwurzelte Musiktradition mit ihren politischen Liedern. Musikandes nimmt die Tradition der lateinamerikanischen

sozialen Musik wieder auf, die von Violeta Parra, Atahualpa Yupanqui, Mercedes Sosa und Víctor Jara gefördert wurde. Das ist die Musik, die über die täglichen Überlebenskämpfe und Träume der lateinamerikanischen Gesellschaft spricht. Die Lieder erzielen ihre Resonanz dadurch, dass sie die sozialen Probleme des Zuhörers aufgreifen, durch das Lied ästhetisch verdichten und ihn somit zu einer politischen Haltung auffordern.

Wer sind die Interpreten von Musikandes?

Da sind **Romina Tobar** und **Daniel Osorio**. Beide stammen aus Chile und leben in Saarbrücken. Daniel ist Absolvent der Musikhochschule Saarbrücken im Fach Komposition und hat bei der Saarbrücker Aufführung des „Canto General“ mit einer Eigenkomposition im Programm mitgewirkt. Romina arbeitet als Klavierbauerin in Dillingen. Und da ist noch **Gustavo Lepré** aus Argentinien, der in Saarbrücken lebt.

Die Gruppe ist in den vergangenen Jahren mehrmals mit Erfolg in Konzerten für Victor Jara und Salvador Allende aufgetreten. Musikandes hat Projekte wie „Konzert für Victor Jara“ und „Der andere 11. September“ und „Frauenbewegung in Lateinamerika: Violeta Parra“ entwickelt, die bereits in Saarbrücken, Püttlingen, Trier, Dortmund, Frankfurt und Freiburg erfolgreich aufgeführt wurden.



Jetzt heißt es, unverzüglich Karten zu besorgen, um das Konzert in der ehemaligen Güterhalle des Kulturbahnhofs erleben zu können.

40 JAHRE
pro+kontra

Eine Veranstaltung aus Anlass des Jubiläums der DKP-Stadtzeitung

Nachfolgend bringen wir Einzelheiten über die Künstler-Gruppe, deren Kern Tobar und Osorio bilden, die auch als Duo auftreten und im täglichen Leben ein Paar sind. Wichtig: Das erfolgreiche Trio operiert ausschließlich mit authentischem Instrumentarium.

Romina Tobar

Sie agiert mit Gitarre, Tiple, Cuadro, Blockflöte u. Gesang). Romina stammt aus den ländlichen (Wein-)Regionen Chiles. „Jedes Klavier ist ein Unikat“, betont sie. Begonnen hatte ihre Ausbildung 2007 an der Hochschule für Musik Saar, nachdem sie durch ihren Partner Daniel zur Musik gefunden hatte.

Daniel Osorio

Der freiberufliche Komponist aus Santiago de Chile, ist Kopf von „Musikandes“. Er führte sein in der Heimat begonnenes Studium 2005 bis 2009 an der Hochschule für Musik bei Kompositionsprofessor Theo Brandmüller erfolgreich zu Ende. Heute finanziert er sich überwiegend durch Musikunterricht und Auftragskompositionen des chilenischen Kultusministeriums. Osorios Markenzeichen: In pointillistischer Manier baut er Anden-Klänge in seine Schöpfungen im Bereich Neuer Musik ein.

Bei den „Musikandes“ freilich bläst Osorio in verschiedene Pan- u. Blockflöten, zupft Gitarre und Charango und singt. Das um Lieder des Allende-Wahlbündnisses Unidad Popular erweiterte Melodien-Repertoire reicht von Chile, Venezuela, Bolivien, Peru bis nach Argentinien.

Gustavo Lepré

Er ist der Dritte im Bunde und stammt aus dem argentinischen Buenos Aires. Der hauptberufliche Bauingenieur lebt seit 15 Jahren in Deutschland und hat sich „nebenher“ als Musiker etwa im Duo Milonga in der hiesigen Szene einen Namen gemacht. Bei „Musikandes“ zeichnet Lepré für den führenden Gesang verantwortlich, spielt Gitarre, Charango und Tiple.

An der Einstellung zur Lösung von kommunalen Aufgaben scheiden sich die Geister:

DKP: Der Friedhof ist kein Unternehmen

Die Püttlinger Jamaikaner wollen diese Einrichtung „betriebswirtschaftlich“ führen und treiben die Gebühren hoch.

Stadtratsmitglied Hans Schwindling begründete im Stadtrat, warum die DKP der neuen Friedhofs-Gebührenordnung nicht zustimmen kann. Er verwies dabei auf die Forderung der Kommunalaufsicht, dass es vor allem notwendig sei, den völlig „ungenügenden“ Deckungsgrad bei den Friedhofsgebühren zu verbessern. Doch, so der DKP-Sprecher, die so genannte Kostendeckung sei kein Naturgesetz, sondern von den herrschenden Parteien beschlossen, um die Bürger möglichst nachhaltig zu schröpfen: Einmal über die Erhöhung der allgemeinen Steuern, die nur noch dazu da sind, um die notwendigsten Aufgaben zu finanzieren, zum anderen über die Gebühren für jede einzelne Dienstleistung.

Angeblich geht es um mehr Gerechtigkeit

In der Verwaltungsvorlage wurde festgestellt, dass es bei den Friedhofsgebühren „nicht mehr vornehmlich nur um eine Grundstücksrente für eine Grabstelle, sondern um einen *gerechten* Finanzierungsanteil an den Pflege- und Unterhaltungskosten eines Friedhofes“

Schwindling: „Die DKP-Fraktion sagt Nein zur Änderung der Gebührensatzung für die Püttlinger Friedhöfe. Wir lehnen es ab, daß die Angehörigen für die katastrophale Haushaltslage der Stadt erhalten müssen“.

Der DKP-Sprecher erwähnte auch, daß eine zunehmende Anzahl von Hinterbliebenen die Friedhofsgebühren schon jetzt nicht mehr bezahlen könne und deshalb eine Stundung bzw. Ratenzahlung der Gebühren beantrage. Wegen der neuen Gebührenordnung werde sich diese Entwicklung wohl noch verschärfen. Schwindling:

„Friedhöfe sind keine Privatangelegenheit, sondern gesellschaftliche Einrichtungen. Sie sind politisch gewollt und gesetzlich vorgeschrieben, also ist auch ihre Finanzierung eine gesellschaftliche Aufgabe. Gewisse Gebühren für eine einzelne Grabstelle können berechnet werden. Aber die Kosten der gesamten Anlage (das dürfte wohl der größte Teil sein), müssen aus allgemeinen Steuermitteln finanziert werden“.

gehe. Mehrere Redner der Jamaika-Koalition im Stadtrat begründeten dann mit stolz geschwellter Brust, dass es Verwaltung und Mehrheitsfraktion ausschließlich um mehr Gerechtigkeit gehe. Frei nach CDU-Jongleur Hubertus war dann die Anhebung der Ge-

bühren um bis zu 175 Prozent keine Verteuerung mehr, sondern nur eine gerechtere Verteilung.

Spätestens an dieser Stelle war ein Zeitpunkt erreicht, wo auch der DKP-Fraktionsvorsitzende in die Debatte eingriff:

„Die Verwaltung beruft sich auf die Forderung der Kommunalaufsicht, den völlig „ungenügen-



Hans Schwindling

den Kostendeckungsgrad' zu verbessern und hofft, mit 65 Prozent die Zustimmung der Obrigkeit zu finden. Wir können dieser Denkrichtung nicht folgen, weil sie einer sozialen Gestaltung der Gebührenpolitik widerspricht“. Hertel erinnerte daran, dass die DKP aus den gleichen Überlegungen vor Jahren der Einführung der Doppik widersprochen habe:

„Schon damals haben wir vor der Ausrichtung der kommunalen Verwaltung nach betriebswirtschaftlichen Erfolgsmaßstäben gewarnt. Mit dem Argument, die Stadt müsse kostenorientierter, effizienter und flexibler arbeiten, sollten wir angehalten werden, wie ein Konzernbetrieb zu denken und zu handeln. Aber das taugt nichts“.

Was dabei heraus komme, so Franz Hertel, wenn soziale Überlegungen in den Hintergrund treten und nur noch über Produkte & Produktbereiche entschieden wird, könne jetzt am Beispiel Friedhöfe betrachtet werden. Da müsse man sich nicht wundern, wenn im Produktbereich Friedhöfe die Gebühren kompetenft nach oben steigen.

Noch einmal übte die DKP grundsätzliche Kritik an der üblichen Gebührenpraxis: „Schließlich bezahlen wir Steuern und können erwarten, dass aus diesen Geldern öffentliche Einrichtungen finanziert werden. Dazu gehört nicht zuletzt auch die Erhaltung und Gestaltung von Friedhöfen. Die Tendenz geht jedoch in die Richtung, dass Steuern nur noch dazu da sind, die



Kosten für den staatlichen Machtapparat bzw. für solche Einrichtungen zu decken, die beim besten Willen nicht dem einzelnen Bürger zugerechnet werden können.

Kostendeckende Gebühren verstärken die Tendenz, öffentliche Einrichtungen in zunehmendem Maße nach privatkapitalistischen Gesichtspunkten zu führen. Da werden eben Friedhofshallen und Betriebsgebäude, Wege und Treppen, Wasser- und Kanalnetz, Pflege und Unterhaltung und vieles andere voll in die Kostenrechnung aufgenommen, obschon das Ausgaben sind, die letzten Endes Jedem zugute kommen und aus allgemeinen Haushaltmitteln zu bestreiten sind“.

„Bänker“ auf dem Holzweg

Der Friedhof ist kein Unternehmen. Diese Aussage der DKP wollte CDU-Beigeordneter Altmeyer, der als Filialleiter einer Bank von Berufs wegen anders tickt, nicht gelten lassen. Seine Meinung: „Vielleicht wäre der Staat nicht so defizitär, hätten wir früher betriebswirtschaftlich gedacht“. Den-

noch ist Kollege Edmund Altmeyer auf dem Holzweg.

Wären die Städte und Gemeinden mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet, brauchte man über exorbitante Friedhofsgebühren kaum zu diskutieren. Dann wären die Kommunen in der Lage, rechtzeitig Rücklagen bilden, um anstehende Vorhaben finanzieren zu können. Dann brauchte man keine teuren Kredite aufzunehmen, die letztlich den Gebührenzahlern auf die Bocke geschmiert werden.

Leider werden die Kommunen schon seit Jahrzehnten finanziell an der kurzen Leine gehalten. Obschon die Städte und Gemeinden etwa zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen tätigen, bekommen sie nur etwa 11 Prozent des Gesamtsteueraufkommens. Und von dem Wenigen, das ihnen zusteht, werden oft noch zig-Millionen vorenthalten, wie das im Saarland schon seit Jahren gang und gebe ist.

Würde der Bund nicht Milliarden zur „Rettung der Banken“ verschleudern, wovon am Ende nur die Boni-Kassie-



rer profitieren, würden nicht Milliarden für Rüstung und Kriegseinsätze (Bis jetzt 17 Milliarden für den Afghanistan-Einsatz, statt geplanter 5,5 Mrd), dann wäre Geld genug da, die Finanzen der Kommunen nachhaltig zu sanieren. Hier liegt also der Hase im Pfeffer!

Wir wissen, dass viele Ratskollegen unsere Überlegungen nicht nachvollziehen können, weil sie diese grundlegenden Fragen nicht erkennen oder keine Chance sehen, sie in absehbarer Zeit umzusetzen. Dennoch bleibt es richtig, solche Grundfragen zu stellen. Es ist wie das Bohren dicker Bretter, auch da muss man immer dran bleiben.

Wir Kommunisten sind keineswegs prinzipiell gegen Sparen. Im Gegenteil. Wo es möglich ist, die Stadtkasse zu entlasten, ohne Dienstleistungen für die Bürger einzuschränken, muss man es tun. Aber wir wehren uns dagegen, uns dem Diktat der kostendeckenden Gebühren zu unterwerfen. Das gilt vor allem für soziale Einrichtungen, wozu neben Schulen und Kindergärten auch Parks und Friedhöfe gehören!

Kompromisse denkbar?

Wer eine andere Position einnimmt und dabei Kompromisse macht, kann in eine Situation kommen wie die SPD in der letzten Stadtratssitzung. Weil keine Ratenzahlung in die Satzung aufgenommen wurde, haben sich die sozialdemokratischen Kollegen der Stimme enthalten. Prinzipiell hätten sie also nichts gegen diese unverschämten Erhöhungen der Friedhofsgebühren gehabt? Es war nur eben zu viel auf einmal? Ob die Bürger das verstehen?

Winterdienst bei innerörtlichen Bundes- und Landstraßen:

Kosten werden der Stadt aufs Auge gedrückt

Die von der Landesregierung sanktionierte Schuldenbremse bringt immer weitere Belastungen für die Kommunen mit sich. Neuestes Beispiel: Der bisher vom Landesbetrieb für Straßenbau (LfS) kostenlos durchgeführte Streu- u. Räumdienst bei Bundes- und Landstraßen, die durch Ortschaften führen, sollen von den Kommunen bezahlt werden.

Dagegen hat es heftige Proteste aus Städten und Gemeinden gegeben. Durch die Einschaltung des Saarländischen Städte- und Gemeindetages ist vereinbart worden, dass die Kommunen künftig einen Anteil von 65 Prozent der anfallenden Kosten übernehmen sollen.

Aber auch das ist eine Unverschämtheit, denn obschon nach § 53 Abs.1 des Saarländischen Straßengesetzes die Kommunen „für das Schneeräumen und Bestreuen **aller** innerörtlichen Straßen zuständig“ sind, besagt der Abs.2 des gleichen Paragraphen, dass das LfS die Gemeinden

dabei ohne Anspruch auf Kostenersatz „unterstützt“.

Das durch falsche Steuer- und Strukturpolitik in eine Haushaltsnotlage gedrängte Saarland will sich wieder einmal durch die Belastung der finanziell notleidenden Kommunen schadlos halten, indem es diesen einen Teil der Kosten für den winterlichen Streu- und Räumdienst auf's Auge drückt. Damit wird von einer jahrelangen Praxis abgerückt, wonach das LfS für den Winterdienst von innerörtlichen Bundes- u. Landstraßen die Kosten selbst trägt. Diese kommunalfeindliche Änderung der bisherigen Regelung, welche die Verkehrssicherheit gefährdet, wird von uns entschieden abgelehnt.

Soweit es um die Frage geht, ob wir künftig pro Kilometer Bundes- oder Landstraße rd. 4.100 Euro an das LfS bezahlen oder eine andere Lösung favorisieren, plädiert die DKP-Fraktion für die Übernahme des Winterdienstes dieser klassifizierten Straßen in eigene Regie.

Die Wut wächst

Jetzt auch Protestdemonstration in der Landeshauptstadt Saarbrücken

So geht das nicht mehr weiter! Die Sozialsysteme werden ruiniert, die Arbeitshetze nimmt immer verrücktere Ausmaße an, die Arbeitslosenzahlen bleiben hoch, die jungen Menschen müssen sich gleich zu Anfang auf Perspektivlosigkeit einrichten, den Alten wird gesagt, sie würden zur unbezahlbaren Last. Unsicherheit prägen Arbeit und Leben. Die Würde der Menschen bleibt auf der Strecke. Diese ungerechten Zustände sind nicht länger tragbar.

Bewegung entwickelt sich

Da besetzten in den letzten Wochen tausende Amerikaner gewaltfrei die Wall-Street, das Zentrum globaler Finanzmacht und Korruption. Schon zuvor breitete sich wie ein Lauffeuer die Bewegung der Empörten von Nordafrika über Lissabon, Madrid nach Athen und Jerusalem aus.

In den USA ist jedoch längst nicht Schluss, inzwischen schwappen die Proteste gegen das Finanzsystem auf ganz Europa über. Und selbst in Saar-



brücken fand am 22. Oktober die erste Demonstration statt. Etwa 300 Teilnehmer protestierten gegen die Macht der Banken, denen sie üble Abzocke vorwarfen. Die erst kurz zuvor gegründete Gruppe „Occupy Saarbrücken“ ließ keinen Zweifel daran, dass sie den Protest verstärken werde und kündigte neue Demos an.

Jugendliche, einfache Familien sind nicht mehr bereit, die Rechnung für eine Krise zu bezahlen, die im Kapitalismus wurzelt und von korrupten Eliten verstärkt wurde. Die Demonstranten fordern nun echte Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Transparenz.

Seit Monaten protestieren Griechen gegen drastische Sparmaßnahmen. In Spanien demonstrieren die „Indignados“ gegen politische Korruption und die Abwälzung der Krisenlasten. In Israel haben die Bürger „Zeltstädte“ gebaut, um gegen ansteigende Wohnungpreise und für soziale Gerechtigkeit zu protestieren. In Köln protestierten 22.000 IG Metall-Jugendliche gegen unsichere Lebens- und Berufsperspektiven.

Diese Bewegungen verbindet der gemeinsame Kampf gegen die Allianz von korrupten Wirtschaftseliten und Politikern, die die Armen und die einfachen Familien für die Krise zahlen lassen wollen. Die Empörten rufen zu Protest und Widerstand auf. Sie fordern von den Regierungen:

- * Verstaatlicht die Banken. Legt ihre Bilanzen offen, damit die Leute wissen, wohin das Geld geflossen ist.
- * Nehmt eine radikale Umverteilung des Vermögens vor und ändert eure Steuerpolitik so, dass die am stärksten belastet werden, die am meisten haben: die Banken und Finanzinstitute, die großen Kapitalbesitzer, die Kirche.
- * Wir fordern eine Kontrolle der Bevölkerung über die Wirtschaft und die Produktion.
- * Zahlt die illegitimen Schulden nicht. Das sind nicht unsere Schulden. Wir schulden nichts, wir verkaufen nichts, wir zahlen nicht. Wir wollen wirkliche und direkte Demokratie - jetzt.

Die DKP hat sich von Anfang an solidarisch mit den Empörten gezeigt und erklärt auch jetzt wieder:

Es reicht. Die Reichen sollen für die Krise zahlen. Für ein Europa der Menschen, nicht der Märkte. Der Mensch geht vor Profit!

Das Geldvermögen muss angezapft werden

Trotz Finanzkrise geht es den Reichen im Lande besser als je zuvor. Ihnen ist es nicht nur gelungen, ihr Vermögen zu sichern, sie konnten es sogar noch weiter vergrößern. Die Anzahl der Milliardäre stieg letztes Jahr in der Bundesrepublik von 91 auf 108. So besitzt Susanne Klatten, BMW-Erbin und Aufsteigerin des Jahres, über 8,9 Milliarden Euro, das ist über eine Milliarde mehr als im Vorjahr. Zu den reichsten Deutschen gehören noch zwei weitere Mitglieder des Familienclans Quandt: Susanne Klattens Mutter Johanna mit einem geschätzten Vermögen von 5,2 Milliarden Euro und auch ihr Bruder Stefan mit nicht ganz fünf Milliarden Euro. Das ist natürlich sehr „bescheiden“ gegenüber den 23,5 Milliarden Dollar Vermögen, über das der Aldi-Inhaber Karl Albrecht verfügt.

Es gibt nur einen erfolgversprechenden Ausbruch aus der Schuldenkrise des Staates: Die Geldvermögen der Millionäre und Milliardäre müssen angezapft werden. Nicht nur symbolisch, sondern mit wirklich abschöpfender Wirkung.

Die Geldreichen in Deutschland vermehrten ihr privates Geldvermögen im Jahr 2010 um 220 Milliarden Euro. Der Zuwachs an Geldvermögen ist damit mehr als doppelt so hoch wie der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts mit 101 Milliarden Euro. Würde man zumindest die Hälfte des Geldzuwachses wegsteuern, hätte man eine ausgeglichene Entwicklung und zugleich würde das in der betreffenden Höhe Druck von den Finanzmärkten nehmen. Zugleich aber hätte der Staat 110 Milliarden Euro mehr zur Förderung öffentlicher Nachfrage und für Investitionen in Struktur- und Bildungsprojekte, Sozialausgaben und öffentliche Daseinsvorsorge.

Ein besseres Konjunkturprogramm ist kaum denkbar. Man muss nur beginnen.



Der DKP-Fraktionsvorsitzende Franz Hertel brachte 1988 mit seinem Antrag, freundschaftliche Beziehungen zu einer Stadt in der DDR aufzunehmen, die Partnerschaft mit Senftenberg auf den Weg. Unser Bild zeigt ihn im Gespräch mit den Altbürgermeistern Rudolf Müller und Jürgen Graßhoff, die seinerzeit die praktische Umsetzung dieser Städtepartnerschaft organisierten. Jetzt konnte in der Püttlinger Stadthalle das 20jährige Bestehen mit einem Festakt gefeiert werden.

Erinnerungen an den zurückgelegten Weg wurden wach:

Es hat sich vieles verändert, aber...

Am „Tag der deutschen Einheit“ ist wieder einmal viel über friedliche Revolution in der DDR, Mauerfall und Wiedervereinigung polemisiert worden. Dabei wurde die Bundesrepublik als das Beste, was es jemals in der deutschen Geschichte gab, hochstilisiert. Auch in der Püttlinger Festveranstaltung am 3. Oktober blieb die Darstellung der Ereignisse seit der „Wiedervereinigung“ sehr einseitig.

Radikale Veränderungen und Probleme, von denen die Menschen in der ehemaligen DDR rücksichtslos überrollt wurden, sind kaum genannt worden. Dabei hat doch z.B. die Vernichtung tausender Betriebe, auch solcher die durchaus existenzfähig waren, zu bisher nicht gekannter Massenarbeitslosigkeit geführt. Soziale Rechte wurden beschnitten und gesellschaftliche Einrichtungen plattgemacht. Alles was die DDR ausmachte wurde abgewertet und verunglimpft. Menschen, die vierzig Jahre in der DDR zum Teil Großes geleistet haben, sind ihrer Identität beraubt worden, weil der sozialistische Staat um jeden Preis delegitimiert werden musste. Nie mehr sollte es jemand wagen, an den Sozialismus als gesellschaftliche Alternative zu denken.

Aber das Leben hat so seine eigene Wirklichkeit. Viele Menschen - auch in Senftenberg - erinnern sich noch an Dinge in der DDR, von denen sie heute wieder weit entfernt sind, wie z.B. bezahlbare Kinderrippen und -gärten, eine gediegene Schul- und Berufsausbildung, sichere Arbeitsplätze, billige Wohnungen, ein Studium mit monatlichem Stipendium. Immer mehr Bürger, die damals nur das riesige Warenangebot sahen und deshalb die Einführung der D-Mark bejubelten, begreifen inzwischen, dass ihnen das neoliberale Wirtschaftssystem mit seinen Finanzmärkten und politischen Statthaltern keine soziale Sicherheit in Frieden und Demokratie garantieren kann.

Bei Begegnungen mit guten Freunden, wie das jetzt beim Besuch aus Senftenberg der Fall war, wurde natürlich auch über solche Dinge geredet. Dabei ist Vergangenes wieder wach geworden, kamen Erinnerungen an den zurückgelegten Weg zur Sprache.

Am Ende blieb die Erkenntnis, dass sich zwar vieles in den letzten zwanzig Jahren verändert hat, aber eine gerechte Ordnung, in der die Interessen des Volkes im Mittelpunkt stehen, erst noch erkämpft werden muss.



Streiflichter des kommunalen Geschehens

Kurz und knapp

Fresagrandinaria, eine Gemeinde in den italienischen Abruzzen, hat sich für eine Städtepartnerschaft mit der Stadt Püttlingen ausgesprochen. Damit sollen freundschaftliche Beziehungen zwischen den Menschen beider Kommunen, die sich seit längerer Zeit immer stärker entwickelt haben, weiter gefestigt und ein Beitrag zur Verständigung der Völker in Europa geleistet werden. Die DKP hat sich für den Abschluss dieser Partnerschaft ausgesprochen.

*

Eine Kugelstoßbahn bereichert neuerdings die Leichtathletikanlage in der Breitwies. Rund 35.000 Euro und viel unentgeltlicher Einsatz sind von der Vereinigungsgemeinschaft aufgebracht worden, um in diesem Sportbereich eine zum Wettkampf taugliche Anlage zu bauen. Bei der Einweihung am 20. September war auch die DKP vertreten.

Vormundschaft der CDU

In der letzten Stadtratssitzung ging es um die Neubesetzung der Ausschüsse. An Stelle des ausgeschiedenen Heiko Klaes (FDP) sollte dessen Nachfolger Otwin Darm in Frage kommen. Normalerweise hätte die Fraktion ihren Vorschlag selbst nominieren können. Aber die FDP-Fraktionsvorsitzende, die an diesem Tag schon mit der Sitzungsleitung etwas überfordert schien, überließ es dem CDU-Vormund Hubertus, die entsprechenden Vorschläge zu unterbreiten.

Für die Oppositionsfraktionen war es ziemlich aufschlussreich, einmal zu erleben, wie die CDU ihre „Wasserträger“ am Gängelband führt. Doch was soll es? Die CDU fühlt sich eben den liberalen Mündeln gegenüber verpflichtet.

Fernsehen berichtet über einen Fall von Schilda in Püttlingen:

Bürokratisches Verhalten der Behörden verurteilt

Als SKF in Etzenhofen dicht gemacht hat, sind viele Arbeitsplätze verloren gegangen. Ganz klar, dass sich Rat und Verwaltung unverzüglich bemüht haben, dort wieder neue Betriebe anzusiedeln. Inzwischen sind die Überreste von SKF beseitigt, der verseuchte Boden ausgetauscht worden. Neues Gewerbegebiet wartet darauf, erschlossen zu werden. Aber es gibt Probleme.

Für die Erschließung des fraglichen Gebietes soll eine Zufahrt geschaffen werden. Am einfachsten und billigsten wäre es, von einer bereits vorhandenen Straße aus die ungenutzte Bahntrasse zu überqueren. Doch damit sind das Eisenbahn-Bundesamt und das Verkehrsministerium nicht einverstanden. Sie bestehen darauf, dass die Trasse unbebaut bleibt, für den Fall, dass sie irgendwann einmal wieder in Anspruch genommen würde.

Jeder weiß doch, dass an eine Eisenbahnverbindung auf dieser Strecke nicht zu denken ist. Bei der Bundesbahn sind die Nebenstrecken weitgehend stillgelegt worden und es sieht nicht danach aus, dass der Nahverkehr künftig stärker gefördert wird. Falls aber die Saarbahn doch einmal von Etzenhofen nach Püttlingen (und evtl. Völklingen) geführt wird, ist das unproblematisch. Schon jetzt gibt es so viele Überquerungen der Saarbahntrasse, dass es auch in Etzenhofen völlig normal wäre.

Manche Behörden ticken aber anders, bürokratischer Unverstand ist Trumpf. Das stößt allerdings auf völliges Unverständnis. Wenn neben der Trasse eine zweite Straße gebaut werden soll, würde das eine Vergeudung von 250.000

Euro und den Verlust von 2.000 Quadratmeter Baufläche bedeuten.

In der Stadtratssitzung vom 7. September hat der Stadtrat gegen das Ansinnen der Behörden protestiert und eine unverzügliche Ausnahmeregelung gefordert. Franz Hertel sagte für die DKP-Fraktion, dass es hirnrissig sei, eine zweite Straße neben dem ungenutzten Bahndamm zu bauen. Er befürwortete auch den Vorschlag der Linken, mit einer aufklärenden Aktion an die Öffentlichkeit zu gehen.

Inzwischen hat sich das SR-Regionalfernsehen am 27. September mit diesem „Fall von Schilda“ in Püttlingen beschäftigt. Mit eindrucksvollen Bildern wurde den Zuschauern verdeutlicht, wie unsinnig es wäre, wenn die Behörden bei ihrer Fehlentscheidung blieben.

Unser Foto zeigt einige Ratsmitglieder, die beim Fernseh-Termin in Etzenhofen dabei waren. Damit es keine Unklarheit an der Haltung der DKP gibt, hat Franz Hertel die Forderungen unserer Stadtratsfraktion auf einem Trageschild deutlich gemacht:

Gegen bürokratischen Unverstand!
250.000 Euro sparen - 2.000 m² Gewerbegebiet retten - Vernünftig handeln - Die Trasse querern!



Der Bahnhof Püttlingen konnte am 1. Oktober sein Jubiläum feiern: Genau hundert Jahre zuvor war die Köllertalbahn und der Bahnhof in Betrieb genommen worden.

Ein kurzer Rückblick

Am 28. September 1985 verkehrte zum letzten Mal ein Zug auf der Köllertalstrecke. Allen Protesten zum Trotz und entgegen jeder Vernunft wurde die Bahnstrecke Völklingen-Lebach stillgelegt, nachdem der Betrieb zuvor systematisch herunter gewirtschaftet worden war: Durch überalterte Züge und schlechte Anschlussverbindungen, durch uneffektive Fahrplangestaltung und überhöhte Preise war das Desaster auf dieser Strecke vorprogrammiert.

Nur die DKP hat von Anfang an gegen die Stilllegung gekämpft. Leider gab es im Stadtrat keine Mehrheit, die bereit gewesen wäre, für die Erhaltung der Bahn einzutreten. CDU, SPD und FDP haben sich dem Diktat der Bundesbahn gebeugt.

Damals bildete sich ein Arbeitskreis „Erhaltet die Köllertalbahn“, der mit einigen Veranstaltungen an die Öffentlichkeit ging, um die Bahn doch noch zu retten. Die DKP hat diese Aktivitäten voll unterstützt. Aber am Ende wurde die Strecke doch liquidiert.

Viele gute Argumente haben die Bahn-Bosse ignoriert. Es wurde darauf verzichtet, die Köllertalbahn zu einer attraktiven Einrichtung zu machen, die von den Bürgern gerne in Anspruch genommen wird. Die DKP sagte immer wieder: „Nicht Einschränkung, sondern Ausbau der Fahrpläne und beträchtliche Erhöhung der staatlichen Investitionen sind notwendig. Die Bahn muß preiswert, schnell, umweltfreundlich und damit attraktiver werden“.

All das ist in DKP-Stadtzeitung „pro + kontra“ nachzulesen, die nun seit genau 40 Jahren erscheint.